



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

Erziehungsdepartement des Kantons  
Basel-Stadt  
Bereich Hochschulen  
Frau Ariane Bürgin  
Leimenstrasse 1  
4001 Basel

Basel, 15. Februar 2021

## **Stellungnahme zur Teilrevision des Universitätsvertrags**

Sehr geehrte Frau Bürgin

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur vorgeschlagenen Teilrevision des Universitätsvertrags äussern zu dürfen und wünschen Ihnen für den Vertragsabschluss viel Erfolg. Gerne halten wir im Dokument anbei unsere Einschätzungen und Vorschläge fest.

Freundliche Grüsse

Pascal Pfister  
Parteipräsident

### Weitere Kontaktpersonen:

Organisation / Institution:	SP Basel-Stadt
Strasse und Nr.:	Rebgasse 1
PLZ und Ort:	4058 Basel
Land:	Schweiz
Vorname und Name (Kontaktpersonen):	Herr Claudio Miozzari Frau Miriam Dürr
E-Mail-Adresse (Kontaktpersonen):	<a href="mailto:claudio.miozzari@miozzari.com">claudio.miozzari@miozzari.com</a> <a href="mailto:miriam.duerr@gmail.com">miriam.duerr@gmail.com</a>



## **Vernehmlassung Teilrevision des Universitätsvertrags, Stellungnahme SP Basel-Stadt**

Die Sozialdemokratische Partei Basel-Stadt (SP) ist sehr erfreut, dass mit der Einigung über die Modalitäten der Finanzierung der Universität Basel (Uni) zwischen den Kantonen Basel-Stadt (BS) und Basel-Landschaft (BL) die Planungssicherheit für die Uni wiederhergestellt werden kann. Die Abbaupläne von Seiten BL und die damit verbundene Gefährdung der Universität können damit abgewendet werden. Die Sicherung der gemeinsamen Trägerschaft ist verbunden mit einer klaren Regelung bezüglich der Aufteilung des Finanzierungsbedarfs der Uni unter den Kantonen, was von der SP ebenfalls begrüsst wird.

Auch der transparenteren Regelung des Immobilienbereichs stimmt die SP grundsätzlich zu. Es ist positiv, dass Verantwortlichkeiten und Kostenmodelle klarer festgelegt werden konnten und ein tripartit besetztes Immobiliengremium eingesetzt wird, das den Kantonen eine direkte Mitsprache garantiert. Allerdings stellen sich für die SP Fragen, was die finanziellen Auswirkungen der neuen Regelungen für den Kanton BS betrifft. Wenn Investitionen vermehrt durch den Eigentümer von Liegenschaften getragen werden, muss garantiert sein, dass sie über die Mieten refinanziert werden können. Beim Kostenmodell für die Raumkosten pocht die SP BS auf eine strikte Übernahme der Richtlinien der Schweizerischen Hochschulkonferenz, da diese objektiv und von allen Seiten akzeptiert sind. Wir fordern ein transparentes, sorgfältig dokumentiertes und kontrolliertes Vorgehen. Nicht zuletzt bei der Auflösung des Immobilienfonds, damit die Zuordnung der Mittel gerecht vonstattengeht. Eine kleine redaktionelle Anpassung schlagen wir für § 40 Abs. 6 vor: Es sollte besser heissen "Subventionen des Bundes für Investitionen in Bauten der Universität" (statt nur "Subventionen des Bundes für Investitionen der Universität«).

Das neue Finanzierungsmodell bietet die Grundlage für die Übereinkunft und damit für die Planungssicherheit der Uni. Das Grundmodell und die Berechnung nach standardisiertem Steuerertrag vor Ressourcenausgleich ist für uns nachvollziehbar und sinnvoll. Kritisch bewerten wir den Abzug von 10% zu Lasten des Kantons Basel-Stadt auf Grund des Standortvorteils. Diese Umverteilung scheint rein politisch motiviert – es handelt sich um ein Entgegenkommen von BS an BL zu Gunsten der gemeinsamen Partnerschaft. Bezieht man die hohen Bodenpreise an zentraler Lage in Basel in eine Bewertung mit ein, erscheinen die Uni-Standorte in BS als potentieller finanzieller Nachteil für den Kanton. Auf jeden Fall lassen sich sowohl Vor- als auch Nachteile des Standorts nicht klar auf Kantone zuordnen, da BS und die umgebenden Gemeinden in BL in unserem Verständnis als ein einziger Standort zu verstehen sind. Hier hätten wir uns ein für den Kanton BS vorteilhafteres Ergebnis gewünscht.

Entscheidend für den Erfolg der Partnerschaft von BS und BL und der Uni werden zukünftig mehrere Punkte sein, die über den Gegenstand der Teilrevision hinausgehen und die wir in unserer Stellungnahme nicht unerwähnt lassen möchten. So ist die Autonomie der Universität stark zu gewichten – gerade auch im Universitätsrat. BL hat zuletzt einen hohen Druck auf die Zusammensetzung dieses Gremiums ausgeübt und heute sind darin Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft überproportional vertreten. Wir wünschen uns hier mehr Diversität und Vielseitigkeit.

Zudem sind Probleme bei der parlamentarischen Aufsicht über die bikantonale Uni anzugehen. Die Interkantonale Geschäftsprüfungskommission Universität BS/BL (IGPK) kann in der bestehenden Form ihrem Namen nicht gerecht werden. Es braucht eine Überarbeitung der Rechtsgrundlagen, damit die IGPK mehr Gewicht und Mitsprache erhält.



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

Weiter möchten wir festhalten, dass der Erfolg der Uni nicht nur vom Finanzierungsmodell, sondern stark auch von der Finanzierungshöhe abhängt. Wir erwarten von den beiden Kantonen, dass sie die Finanzierungshöhe mit der Uni so planen, dass sie ihren Herausforderungen gerecht werden und sich positiv entwickeln kann.

Der Ausgleich der weiterhin ungleichen Verteilung der Professuren zwischen den Geschlechtern ist ein weiteres Thema, bei welchem die SP an der Uni Handlungsbedarf sieht und einfordert.

Abschliessend möchten wir die Bedeutung der gemeinsamen Trägerschaft der Uni nochmals unterstreichen. Wir freuen uns darauf, dass die Uni mit der geplanten Realisierung von Standorten in BL dereinst auch physisch bikantonal verankert sein wird. Zudem möchten wir der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass mit dem Abschluss des Staatsvertrags vermehrt die Aufgaben und Leistungen der Uni im Fokus stehen und nicht mehr bloss die Finanzen.